



ZUSAMMENFASSUNG

WAHLPROGRAMME DER PARTEIEN ZUR BUNDESTAGSWAHL

Berlin, 18.07.2017

I. Vorbemerkung

Im Vorfeld der Bundestagswahl am 24. September 2017 haben inzwischen alle Parteien ihre Wahlprogramme vorgestellt und veröffentlicht. eco fasst im Folgenden die netzpolitischen Inhalte der Wahlprogramme von Union, SPD, Grünen, Linken und FDP zusammen. Die Seitenzahlen in der Überschrift verweisen auf die Fundstellen in den verlinkten Programmen.

II. Die Wahlprogramme im Einzelnen

i. Union¹

Stellenwert der Netzpolitik in der Regierung (S. 50)

Die Union möchte in der nächsten Legislaturperiode durch die Einsetzung eines „Staatsministers für Digitalpolitik“ den Stellenwert der Netzpolitik stärken. Auch soll ein ständiger Kabinettsausschuss „Digitalpolitik“ geschaffen sowie ein nationaler Expertenbeirat Digitalpolitik berufen werden, der aus nationalen sowie internationalen Experten bestehen soll.

Infrastruktur (S. 50f.)

Für den Breitbandausbau will die Union bis 2020 die Voraussetzungen für einen flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser-Internet geschaffen haben. Der Ausbau soll bis 2025 abgeschlossen sein. Außerdem sollen 5G-Basisstationen rasch ans Glasfaser angebunden werden. Die Lizenzen für 5G-Mobilfunk sollen sodann festgelegt und bereitgestellt werden. Die Erlöse aus dem Verkauf der Lizenzen will die Union wiederum in den Breitbandausbau investieren.

¹ Volltext online unter: https://www.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/170703regierungsprogramm2017.pdf?file=1&type=field_collection_item&id=9932



Netzneutralität

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Urheberrecht

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

IT-Sicherheit (S. 54, 66)

Die Union will sich für kluge, umfassende und fortschrittliche IT-Sicherheit einsetzen. Nutzende sollen sich darauf verlassen können, dass sie bei allen Anwendungen von Beginn an auf einen sicheren Betrieb vertrauen können.

Auch bei der Bundeswehr will die Union IT-Sicherheit und Cyber-Abwehr in den Blickpunkt rücken. Dazu sollen die Fähigkeiten zu Computer und Netzwerk-Operationen sowie zu offensiven Maßnahmen ausgeweitet werden.

Datenschutz und –speicherung (S. 52, 63)

Im Einklang mit der Datenschutzgrundverordnung soll ein Datengesetz erarbeitet werden, das sowohl den Zugang zu Daten für wirtschaftliche Zwecke regelt, als auch die Befugnisse der Sicherheitsbehörden bei diesen Daten. Außerdem soll der Zugang der Sicherheitsbehörden zu vorhandenen (öffentlichen) Datenbanken erleichtert werden. Dabei sollen auch Datenschutzinteressen der Betroffenen beachtet werden. Das Stichwort Vorratsdatenspeicherung wird in diesem Zusammenhang nicht aufgegriffen.

Umgang mit illegalen Inhalten

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Medienkompetenz (S. 46)

Die Union will, dass alle Generationen kompetent mit den gängigen Medien umgehen können. Kinder sollen bereits in der Schule fächerübergreifend Medienkompetenz erwerben.

Digitaler Binnenmarkt

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Wettbewerbs- und Kartellrecht (S. 53)

Die Union will sicherstellen, dass zwischen Plattformen fairer und offener Wettbewerb herrscht. Dazu soll das Kartellrecht angepasst werden.



Funkzellenabfrage und Bestandsdatenauskunft

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Kontrolle von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden (S. 60f., 63)

Die Union bezeichnet die Zusammenarbeit des BND mit anderen Diensten als unerlässlich. Sie will daher sowohl personell, als auch materiell und rechtlich alles dafür tun, um für Sicherheitsbehörden und Geheimdienste die Ausübung des Dienstes zu verbessern.

Produkthaftung

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Medienregulierung (S. 46)

Die Vielfalt und Unabhängigkeit der Medien will die Union durch faire Wettbewerbsbedingungen und Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Medien gewährleisten.

Ausbildung und Studium (S. 46)

Äußerungen zur Stärkung von MINT-Fächern in Schule, Ausbildung und Studium finden sich nicht. Einziges Thema ist die Stärkung der Medienkompetenz in allen Altersgruppen.

Arbeit 4.0 (S. 52)

Die Digitalisierung der Arbeitswelt bezeichnet die Union als Chance auf neue Arbeitsplätze, Märkte und Technologien. Die Digitalisierung soll auch dabei helfen, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern.

Internationale Netzpolitik

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Digitalisierung der Verwaltung und eGovernment (S. 51f.)

Die Union kündigt an, ein elektronisches Bürgerportal und ein elektronisches Bürgerkonto einzurichten. Dadurch sollen alle Verwaltungsdienstleistungen deutschlandweit elektronisch verfügbar sein.

Förderung von Gründungen (S. 53)

Unternehmensgründungen sollen durch eine Verbesserung der Gründungs- und Wachstumsfinanzierung sowie einen Abbau von Bürokratie gefördert werden.



ii. SPD²

Stellenwert der Netzpolitik in der Regierung

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Infrastruktur (S. 28)

Die SPD sieht die Versorgung mit einer Bandbreite von 50 Mbit/s bis 2018 nur als Zwischenschritt. Spätestens 2025 sollen mehr als 90 Prozent aller Gebäude an Glasfaser-Gigabitnetze angeschlossen sein.

Netzneutralität (S. 28, 72)

Die SPD will mögliche Ausnahmen vom Prinzip der Netzneutralität eng begrenzt halten, da die Partei die Gleichbehandlung bei der Datenübertragung im Internet und den diskriminierungsfreien Zugang zu Daten-netzen als entscheidend für das offene und freie Internet sowie für den fairen Wettbewerb ansieht.

Urheberrecht (S. 72)

Die Partei unterstützt auf EU-Ebene die Bemühungen, ein modernes und zukunftsfähiges Urheberrecht zu schaffen. Dazu sollen eine stärkere Harmonisierung im Bereich urheberrechtlicher Schranken sowie ein Abbau nationaler Ausnahmeregelungen und Beschränkungen beitragen.

IT-Sicherheit (S. 56)

Die SPD kündigt an, das IT-Sicherheitsgesetz fortschreiben und weiterentwickeln zu wollen. Hersteller und Anbieter digitaler Produkte und Dienstleistungen sollen Sicherheitslücken bekanntgeben und schnellstmöglich beheben. Darüber hinaus soll eine eindeutige und faire Haftungskette für digitale Produkte und Dienstleistungen geschaffen werden. Die Einführung eines Gütesiegels für IT-Sicherheit ist vorgesehen.

Datenschutz und –speicherung (S. 27, 29)

Bei der Speicherung persönlicher Daten sollen klare Regelungen geschaffen werden, wie Daten verfügbar gemacht werden können und welche Daten wann und wie verwendet werden dürfen. Bürger sollen die Möglichkeit bekommen, jederzeit einen Überblick über die Verwendung ihrer Daten zu erhalten und sollen außerdem grundsätzlich einwil-

² Volltext online unter: https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Bundespartei-tag_2017/Es_ist_Zeit_fuer_mehr_Gerechtigkeit-Unser_Regierungsprogramm.pdf



ligen müssen, wenn personenbezogene Daten verarbeitet werden. Datenspeicher und Netzwerke sollen gegen Zugriffe von außen besser geschützt werden.

Zur Vorratsdatenspeicherung finden sich im Programm keine Äußerungen.

Umgang mit illegalen Inhalten (S. 56f.)

Beim Umgang mit illegalen Inhalten im Internet will die SPD eine effektive Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden und Anbietern erreichen, auch bei sozialen Netzwerken. Dazu sollen kurze Reaktionszeiten festgelegt sowie Kontaktstellen im Inland eingerichtet werden. Verstöße gegen diese Vorgaben sollen mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden. Für die Anbieter soll außerdem eine Berichtspflicht zum Umgang mit Hinweisen über rechtswidrige Inhalte eingeführt werden. Beim Beschwerdemanagement sollen einheitliche Standards gelten.

Medienkompetenz (S. 9, 18)

Schülerinnen und Schüler sollen fächerübergreifend Kompetenzen im Umgang, Einsatz, Gestaltung und in der Nutzung digitaler Medien erwerben.

Digitaler Binnenmarkt (S. 29)

Hürden bei der grenzüberschreitenden Nutzung und beim Angebot von digitalen Dienstleistungen sowie Hindernisse für die digitale Wirtschaft sollen abgebaut werden.

Wettbewerbs- und Kartellrecht (S. 27f.)

Das Wettbewerbs- und Kartellrecht will die SPD so abändern, dass bei der Bewertung von Plattformen neben dem Umsatz auch der Wert der Nutzerzahlen sowie der vorhandenen personenbezogenen Daten mit einbezogen werden können. So sollen Monopole verhindert und eine Pluralität von Anbietern sichergestellt werden.

Funkzellenabfrage und Bestandsdatenauskunft

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Kontrolle von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden (S. 55f.)

Die SPD will rechtsstaatlich legitimierte, leistungsfähige Nachrichtendienste mit umfassender parlamentarischer Kontrolle. Die Spionageabwehr der Nachrichtendienste soll technisch und rechtlich in die Lage



versetzt werden, gegen Cyberangriffe und Spionageversuche vorzugehen.

Produkthaftung (S. 28)

Die Produkt- und Herstellerhaftung soll so angepasst werden, dass Schäden aufgrund von Programmierfehlern, unzureichender Verschlüsselung oder mangelnder IT-Sicherheit genauso geregelt sind wie Schäden aufgrund von Produktionsfehlern.

Medienregulierung (S. 71f.)

Die SPD setzt sich dafür ein, „Must-be-found“-Regelungen aufzunehmen um die Auffindbarkeit gesellschaftlich relevanter Inhalte zu gewährleisten.

Ausbildung und Studium (S. 22)

Zur Sicherung von Fachkräften will die Partei die Ausbildungs- und Berufsorientierung sowie die Ausstattung der Berufsschulen verbessern, besonders im Hinblick auf das Erlernen von Industrie 4.0-Technologien.

Arbeit 4.0 (S. 15f.)

Aus Sicht der SPD bietet die Digitalisierung der Arbeitswelt die Chance auf eine stärker selbstbestimmte Arbeitszeitgestaltung, welche die Vereinbarkeit von Arbeit und Leben vereinfachen soll.

Internationale Netzpolitik (S. 29)

Die SPD will sich für ein „Völkerrecht des Netzes“ einsetzen, das digitale Grundwerte festlegt. So sollen Bürger, Wirtschaft und öffentliche Institutionen besser vor Ausspähungen und Cyberangriffen geschützt werden.

Digitalisierung der Verwaltung und eGovernment (S. 23f., 62)

Die SPD will für eine schnelle Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung sorgen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen sollen von unnötiger Bürokratie entlastet werden.

Die Daten der öffentlichen Verwaltung sollen grundsätzlich frei zur Verfügung gestellt werden.

Förderung von Gründungen (S. 75)

Um Unternehmensgründungen zu fördern, will die SPD die Bedingungen für Risikokapital verbessern. Auch die EU soll durch eine aktive Innovations- und Industriepolitik ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern.



iii. Bündnis 90/ Die Grünen³

Stellenwert der Netzpolitik in der Regierung

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Infrastruktur (S. 165)

Die Grünen wollen sich für eine Breitbandversorgung mittels Glasfaser einsetzen (FTTB). Zur Finanzierung soll der Bund seine Anteile an der Deutschen Telekom verkaufen und den Erlös in Höhe von etwa 10 Milliarden Euro in eine öffentliche Netzgesellschaft einbringen. Diese soll den flächendeckenden Ausbau mit Glasfaser übernehmen und steuern.

Die WLAN-Störerhaftung wollen die Grünen endgültig abschaffen.

Netzneutralität (S. 165)

Die Grünen wollen sich für echte Netzneutralität auch im Mobilfunk einsetzen und gegen ein „Zwei-Klassen-Internet“ kämpfen. Netzneutralität sehen sie als eine Voraussetzung für einen fairen digitalen Wettbewerb und einen offenen, barrierefreien Internetzugang für alle Menschen.

Urheberrecht (S. 151, 165)

Die Grünen wollen ein Urheberrecht, das auch den Nutzungs- und Verwertungsrealitäten im Digitalen Rechnung trägt. Dies soll bürgerrechtskonform ausgestaltet werden und die verschiedensten Interessen fair ausgleichen.

Die Grünen sind gegen das Leistungsschutzrecht für Presseverleger, das sie schnell wieder abschaffen wollen.

IT-Sicherheit (S. 84, 167f.)

Das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik wollen die Grünen unabhängig stellen. Private wie öffentliche Akteure sollen Sicherheitslücken nicht geheim halten, sondern melden, damit sie schnell geschlossen werden können. Daher will sich die Partei für klare rechtliche Vorgaben einsetzen, welche die mit dem „Internet der Dinge“ gestiegenen Anforderungen berücksichtigt.

Außerdem fordert die Partei einen internationalen Verhaltenskodex zur Cybersicherheit, der eine Selbstverpflichtung enthält, zivile Netz-Infrastruktur nicht zum Ziel militärischer Angriffe zu machen.

³ Volltext online unter: https://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/BU-ENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf



Datenschutz und –speicherung (S. 136, 160)

Internetnutzer sollen darüber informiert werden, an wen und wie persönliche Daten weitergegeben werden. Sie sollen wirksam dagegen widersprechen können. Außerdem soll es ein Recht auf kostenfreie Auskunft, Korrektur und Löschung personenbezogener Daten geben.

Die Vorratsdatenspeicherung lehnen die Grünen ab. Stattdessen sprechen sie sich bei hinreichendem Anlass für eine gezielte und verhältnismäßige Überwachung von Einzelpersonen aus.

Umgang mit illegalen Inhalten (S. 166f.)

Bei der Bekämpfung illegaler Inhalte im Internet, insbesondere bei sog. Hasskommentaren sollen die Anbieter sozialer Netzwerke nach Vorstellung der Grünen in die Pflicht genommen werden, ohne sie allerdings in eine Richterrolle zu versetzen. Offensichtlich strafrechtliche Inhalte sollen umgehend gelöscht werden. Außerdem sollen Anbieter Gerichte und Strafverfolgungsbehörden bei der Dokumentation und Verfolgung von Straftaten unterstützen. Dazu sollen Anbieter eine ständig erreichbare Kontaktstelle einrichten. Verstöße gegen festgelegte Reaktionsfristen sollen mit hohen Bußgeldern geahndet werden.

Medienkompetenz (S. 166, 179f.)

Das Programmieren sowie der kritische Umgang mit digitalen Geräten und Prozessen sollen allen Schülerinnen und Schülern vermittelt werden. Medienkompetenz soll durch entsprechende Programme in allen Altersklassen gefördert werden.

Für Social Bots, die eine menschliche Identität vortäuschen und zu Zwecken der Manipulation und Desinformation eingesetzt werden können fordern die Grünen eine Kennzeichnungspflicht.

Digitaler Binnenmarkt (S. 227)

Die Grünen wollen einen europäischen digitalen Binnenmarkt schaffen. Dadurch sehen sie viele Chancen für innovative europäische Unternehmen.

Wettbewerbs- und Kartellrecht (S. 226)

Die Grünen sind für eine Weiterentwicklung des Wettbewerbs- und Kartellrechts, bei der die Informations-, Markt- und Datenmacht einzelner Unternehmen beschränkt werden soll. Monopolartige Strukturen sollen verhindert werden.



Funkzellenabfrage und Bestandsdatenauskunft (S. 166, 169)

Die Grünen lehnen eine Auskunft über Bestandsdaten von Nutzern an private Dritte auf Entscheidung der Anbieter ab. Für die Bestandsdatenauskunft von IP-Adressen durch staatliche Einrichtungen will die Partei eine Berichtspflicht der Internetzugangsanbieter einführen sowie die Hürde für die Abfrage erhöhen.

Kontrolle von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Produkthaftung (S. 168)

Die Grünen fordern, dass der Zeitraum, in dem Produkte mit zeitnahen Sicherheitsupdates versorgt werden, für Verbraucher einheitlich und gut sichtbar gekennzeichnet ist und für eine typabhängige Mindestfrist garantiert wird.

Medienregulierung

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Ausbildung und Studium

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Arbeit 4.0 (S. 171, 173, 224)

Die Digitalisierung der Arbeitswelt sehen die Grünen eher mit Sorge, da bestehende Tätigkeiten wegfallen. Dieser Sorge will die Partei dadurch begegnen, dass sie sich aktiv für neue Jobs einsetzt. Andererseits sorgt die Digitalisierung nach Ansicht der Partei auch für eine größere Zeitsouveränität und somit für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Internationale Netzpolitik (S. 84)

Die Partei fordert einen internationalen Verhaltenskodex zur Cybersicherheit, der eine Selbstverpflichtung enthält, zivile Netz-Infrastruktur nicht zum Ziel militärischer Angriffe zu machen

Digitalisierung der Verwaltung und eGovernment (S. 170)

Zur Modernisierung der Verwaltung wollen die Grünen mit Open Data und Open Government beitragen. Behörden sollen gesetzlich dazu verpflichtet werden, vorhandene Daten leicht auffindbar, maschinenlesbar, kostenfrei und unter freier Lizenz bereitzustellen. Außerdem soll der Einsatz von offenen und diskriminierungsfreien Standards in Behörden und bei der Behördenkommunikation ausgebaut werden.



Förderung von Gründungen (S. 228)

Gründungen wollen die Grünen durch eine stärkere Förderung von Finanzierungsformen wie Crowdfunding unterstützen.

iv. Die Linke⁴

Stellenwert der Netzpolitik in der Regierung

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Infrastruktur (S. 131)

Die Linke setzt sich dafür ein, dass jeder Haushalt ein Anrecht auf einen bezahlbaren und schnellen Breitband-Internetanschluss hat. Die Glasfaserinfrastruktur soll rasch und flächendeckend ausgebaut werden. Unternehmen der Telekommunikationsinfrastruktur sollen in öffentliche oder genossenschaftliche Hand oder gesellschaftliche Eigentumsformen überführt werden.

Netzneutralität (S. 131)

Die Linke will die Netzneutralität gesetzlich absichern. Um Netzneutralität und gute Versorgung sicher zu stellen, sollen Telekommunikationsnetze in öffentliches und gemeinwirtschaftliches Eigentum überführt werden.

Urheberrecht (S. 129)

Die Linke sieht eine Anpassung des Urheberrechts an die veränderten Bedingungen der Verbreitung von Musik, Texten, Bildern und Filmen im digitalen Zeitalter als erforderlich an. Die Partei will das Urheberrecht modernisieren, ein Recht auf Remix einführen und neue Lizenz- und Vergütungsmodelle einführen.

Das Leistungsschutzrecht für Presseverleger soll wieder abgeschafft werden.

IT-Sicherheit

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

⁴ Volltext online unter: <https://die-linke.de/wahlen/wahlprogramm/>



Datenschutz und –speicherung (S. 95, 120)

Beim Datenschutz will die Linke einen Anspruch der Verbraucher auf kurze, klare und vergleichbare Informationen einführen. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung soll durch ein Recht auf Ende-zu-Ende-Verschlüsselung gesichert werden.

Die Partei ist gegen eine Vorratsdatenspeicherung.

Umgang mit illegalen Inhalten (S. 132)

- Die Linke ist beim Umgang mit illegalen Inhalten im Internet gegen jede Sperr- und Überwachungsinfrastruktur. Auch Netzsperrungen und Haftungsverstärkungen für Provider lehnt die Partei ab. Sie will, dass Unternehmen Straftaten wie Hatespeech, Mobbing, Beleidigung, Verleumdung oder Volksverhetzung auch durch Social Bots zur Anzeige bringen und nach gerichtlicher Entscheidung löschen.

Medienkompetenz (S. 130)

- Die Partei will Medienkompetenz und Medienbildung in allen Bildungsstufen umfassend stärken und Kompetenzen im Bereich Medien und Information vermitteln.

Digitaler Binnenmarkt

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Wettbewerbs- und Kartellrecht (S. 130)

Die Linke will die Kartellgesetze verschärfen, um die Medienkonzentration einzudämmen.

Funkzellenabfrage und Bestandsdatenauskunft (S. 120)

Die Linke ist gegen eine Ausweitung der Bestandsdatenauskunft und gegen nichtindividualisierte Funkzellenabfrage. Das Recht auf informationelle Selbstbestimmung soll abgesichert werden.

Kontrolle von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden (S. 120)

Die Linke will die datenintensive und flächendeckende Überwachung durch Geheimdienste beenden. Perspektivisch sollen alle Geheimdienste abgeschafft werden. Das G10-Gesetz soll ebenfalls aufgehoben werden.

Produkthaftung

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.



Medienregulierung

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Ausbildung und Studium

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Arbeit 4.0 (S. 14)

- Die Linke will sich für einen EU-Rahmen zum Thema Crowdfunding einsetzen, damit hierbei Mindestlöhne, Arbeitszeitregulierung, Sozialversicherung, Rentenversicherung und Besteuerung weder ausgehöhlt noch umgangen werden können.

Internationale Netzpolitik

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Digitalisierung der Verwaltung und eGovernment (S. 131)

- Die Linke will E-Government-Angebote ausbauen. Die Möglichkeit der verschlüsselten Kommunikation mit Behörden soll sichergestellt werden. Daten und Informationen, die mit öffentlichen Geldern gesammelt und erstellt wurden, sollen für alle Menschen frei zugänglich und nutzbar gemacht werden.

Förderung von Gründungen

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

v. FDP⁵

Stellenwert der Netzpolitik in der Regierung (S. 83)

Die FDP will ein Digitalministerium schaffen und so das Kompetenzgerangel zwischen den einzelnen Ministerien beenden.

Infrastruktur (S. 22f., 83)

Die FDP will flächendeckend hochleistungsfähiges Internet durch Gigabit-Infrastrukturen sowohl im Festnetz als auch beim Mobilfunk. Zur Finanzierung des Glasfaserausbaus sollen die Bundesanteile an der Deutschen Telekom verkauft werden.

Auf europäischer Ebene will sich die Partei dafür einsetzen, dass WLAN-Betreiber nicht mehr für die Unterlassung und Beseitigung von

⁵ Volltext online unter: <https://www.fdp.de/sites/default/files/uploads/2017/07/10/2017-schauen-wir-nicht-langer-zu-fdp-wp.pdf>



Rechtsverletzungen durch Nutzer in Anspruch genommen werden können.

Netzneutralität (S. 20)

Die FDP bekennt sich zur Netzneutralität. Diese sichert Diskriminierungsfreiheit und Marktzugangschancen. Diese Chancengleichheit will die Partei schützen, zugleich aber neue qualitätsgesicherte Dienste ermöglichen. Deren diskriminierungsfreie Ausgestaltung soll wettbewerbsrechtlich abgesichert werden.

Urheberrecht (S. 20)

Die Partei will sich für ein modernes Urheberrecht einsetzen, das die berechtigten Interessen von Nutzern und Investoren berücksichtigt. Ein wirksamer Schutz durch das Urheberrecht ist für die FDP notwendige Voraussetzung für kreative Tätigkeit und für Investitionen in deren wirtschaftliche Verwertung. Gerade in der digitalen Welt soll das Urheberrecht gewährleisten, dass die Erträge aus der Verwertung kreativer Leistungen den Urhebern und den weiteren Berechtigten zufließen.

IT-Sicherheit (S. 58)

Die FDP will das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) aus der Zuständigkeit des Bundesinnenministeriums lösen und als nachgeordnete Behörde der Fachaufsicht des neu zu schaffenden Digitalministeriums unterstellen. Langfristig sollen die Fähigkeiten auf europäischer Ebene gebündelt werden. IT-Sicherheit wird als staatliche Aufgabe angesehen. Unternehmen sollen Verschlüsselungstechnologien sowie die Sicherheit von Speichern und Zugriffssystemen weiterentwickeln.

Datenschutz und –speicherung (S. 37f., 58)

Die FDP will, dass Bürger Verfügungsgewalt über ihre personenbezogenen Daten haben. Dazu soll ein generelles „Opt-In“ bei der Datenverarbeitung gelten. Außerdem soll ein Auskunftsrecht über bei staatlichen oder privaten Stellen gespeicherten Daten geschaffen werden.

Die FDP ist gegen jede anlasslose Erhebung und Speicherung von personenbezogenen Daten, ausdrücklich auch gegen die Vorratsdatenspeicherung. Allerdings setzt man sich dafür ein, dass Verkehrsdaten, die bei den Telekommunikationsunternehmen aus anderen Gründen gespeichert werden, im konkreten Verdachtsfall zur Strafverfolgung genutzt werden können („Quick Freeze“).



Die FDP will sich dafür einsetzen, schnellstmöglich eine rechtssichere und technisch durchsetzbare Lösung für den transatlantischen Datenaustausch zu finden, die die europäischen Datenschutzstandards respektiert („Privacy Shield“).

Für nicht-personenbezogene Daten, die durch Maschinen gewonnen werden („Internet der Dinge“) will die FDP ein Nutzungsrecht an diesen Daten schaffen, das alle beteiligten Akteure (Hersteller, Dienstleister, Nutzer) in die Lage versetzt, die gewonnenen Daten zu nutzen.

■ **Umgang mit illegalen Inhalten (S. 52)**

Die FDP fordert, dass Polizei und Staatsanwaltschaft strafbewehrte Postings in sozialen Netzwerken konsequenter verfolgen. Dazu sollen diese Behörden finanziell und personell angemessen ausgestattet werden. Den Betreibern der Netzwerke sollen diese Aufgaben nicht übertragen werden. Sie sollen jedoch ihrer Verantwortung nachkommen und Strategien zum Umgang mit Hass-Postings entwickeln.

Medienkompetenz (S. 14)

■ Die frühe Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz ist aus Sicht der FDP wichtig. Hierzu gehört auch das Verständnis von der Funktionsweise informationstechnischer Systeme, künstlicher Intelligenz und Computersprache. Weiterhin setzt die Partei sich für die Vermittlung von Medien- und Methodenkompetenz ein, da dies als sehr wichtig für den Meinungsbildungsprozess angesehen wird.

Digitaler Binnenmarkt (S. 19)

Auch im digitalen Binnenmarkt will die FDP regulierungsbedingte Barrieren abbauen, ohne dabei den Grundsatz der Vertragsfreiheit in Frage zu stellen. So sollen beispielsweise Barrieren durch ungerechtfertigte Zugangssperren im digitalen Binnenmarkt verschwinden.

Wettbewerbs- und Kartellrecht (S. 19f., 23)

Die Anbieter von sog. OTT-Diensten will die FDP in gleichem Maße wie traditionelle Telekommunikationsanbieter dazu verpflichten, Verbraucherrechte zu schützen. Dies soll unter anderem die Verpflichtung zur Wahrung des Telekommunikationsgeheimnisses umfassen.

Das Wettbewerbsrecht soll an die Digitalisierung angepasst werden. Künftig soll auch die zu erwartende wirtschaftliche Macht des fusionierten Unternehmens berücksichtigt werden.



Funkzellenabfrage und Bestandsdatenauskunft (S. 38f.)

Die Möglichkeiten zur Funkzellenabfrage als auch zur Bestandsdatenauskunft will die FDP deutlich einschränken. Beide sollen nur noch auf richterlichen Beschluss hin möglich sein.

Kontrolle von Geheimdiensten und Sicherheitsbehörden (S. 41)

Die FDP will das parlamentarische Kontrollgremium und die sogenannte G 10-Kommission stärken. Die Zuständigkeit der G 10-Kommission soll auf die gesamte Überwachung der Telekommunikation ausgeweitet werden. Dem Kontrollgremium soll ein Parlamentarischer Geheimdienstbeauftragter zur Seite gestellt werden, den der Deutsche Bundestag wählt und der die Ermittlungsarbeit übernimmt.

Produkthaftung (S. 83)

Bei einem unbefugten Zugriff auf persönliche Daten durch Dritte soll eine Haftung des Anbieters bei Fahrlässigkeit einsetzen, wenn zum Beispiel nicht der Stand der Technik verwendet wurde.

Medienregulierung

Hierzu finden sich im Programm keine Äußerungen.

Ausbildung und Studium (S. 11)

Das Fach Informatik soll wesentlicher Teil der berufsschulischen Ausbildung werden.

Arbeit 4.0 (S. 44)

Die FDP fordert mehr Flexibilität bei der Regulierung von Arbeitszeitmodellen. Die digitale Arbeitswelt eröffnet aus Sicht der Partei einen größeren Spielraum für die moderne Arbeitswelt – also wann und wo gearbeitet werden kann.

Internationale Netzpolitik (S. 58)

Auf internationaler Ebene will die FDP den Abschluss eines internationalen Informationsfreiheitsabkommens vorantreiben, das die Freiheit und Unabhängigkeit des Internets auch in Zukunft sichern sowie die Überwachung und Zensur des Internets eindämmen soll.

Digitalisierung der Verwaltung und eGovernment (S. 19, 89)

Bürokratie soll insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen abgebaut werden. Dazu gehört für die FDP die Konsolidierung der IT-Strukturen und die weitere Digitalisierung der Verwaltungsprozesse



WIR GESTALTEN DAS INTERNET.



Verband der deutschen
Internetwirtschaft e.V.

in den Behörden sowie zwischen den Behörden, Bürgern und der Wirtschaft.

Nicht-personenbezogene und nicht-unternehmensbezogene Daten der öffentlichen Verwaltung sollen frei zugänglich gemacht werden.

Förderung von Gründungen (S. 14f.)

Behördengänge für Gründer sollen so weit reduziert werden, dass eine Unternehmensgründung innerhalb eines Arbeitstages möglich wird. Außerdem soll eine zentrale behördliche Anlaufstelle für Gründer geschaffen und auch nebenberufliche Gründungen erleichtert werden. Durch ein Venture-Capital-Gesetz will die FDP die steuerlichen Rahmenbedingungen für Wagniskapital in Deutschland verbessern.